

# Französische Präsidentenwahlen: SP-Kandidat Hollande setzt auf Reichensteuer

Sichtlich gedopt durch Umfragen, die ihn abermals als klaren Favoriten der französischen Präsidentenwahlen (April und Mai) ausgewiesen hatten, präsentierte SP-Kandidat Francois Hollande am Donnerstag ein detailliertes wirtschaftspolitisches Programm. Als Schwerpunkt firmiert eine Steuerreform zu Lasten der höchsten Einkommensstufen (ab 150.000 Euro jährlich pro Person), Vermögensinhaber und Großkonzerne. Die Unternehmenssteuer werde gestaffelt zwischen einem Höchstsatz für Großkonzerne und einem mehr als halbierten Abgabenniveau für Kleinbetriebe.

Um bis 2017 das mit der EU vereinbarte Nulldefizit zu erreichen, müssen 29 Mrd. Euro aufgebracht werden. Trotzdem versicherte Hollande, er werde „der überwiegenden Mehrheit der Franzosen keine zusätzlichen Anstrengungen aufbürden“. Diese Lasten würden nur den aller Reichsten abverlangt werden, deren Verdienst „irrwitzig“ angestiegen sei, und die der amtierende Präsident ungebührlich begünstigt habe. Er „respektiere“ diese Bevölkerungskategorie und „appelliere an ihr Ehrgefühl und ihren Patriotismus“, um jetzt das ihre zur Bewältigung der Krise beizutragen. Nur so könne auch die „moralische Krise“ überwunden werden.

Dazu gehöre die „Bezwingung der Finanzwirtschaft“: er werde eine Trennung der Banksektoren (zwischen „Investitionsorientierter Kreditvergabe und Spekulationsgeschäften“) veranlassen und Frankreichs Banken „die Nützung von Steuerparadiesen verbieten.“

Gleichzeitig versprach Hollande 150.000 staatlich gestützte Jugendjobs und eine Postenaufstockung im Schulwesen (60.000 pro Jahr), in der Justiz und bei der Polizei – kompensiert durch nicht näher präzierte Posteneinsparungen in anderen öffentlichen Bereichen. „Ich verspreche nur, was ich halten kann. Nicht mehr und nicht weniger“, versicherte Hollande.

**DANNY LEDER, PARIS**